

# Krafer Zeitung.

Nr. 239.

Donnerstag den 19. October

1865.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., rev. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Nr. 26841.  
Die Krafer k. k. Statthalterei-Commission hat auf Vorschlag des Comité der israelitischen Cultus-Gemeinde, die an der hiesigen israelitisch-deutschen Knaben- und Mädchenhauptschule erledigte Religions-Lehrerstelle, dem bisherigen Supplenten an diesen Lehranstalten Joel Dembiger zu verleihen befunden.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission  
Krafer, am 15. October 1865.

Nr. 24839.  
Die Gemeinden Niechocin und Kaimow (Niesow-er Kr.) haben sich im Zwecke der Dotirung einer Trivialschule in Niechocin verbindlich gemacht, zum Unterhalte des Lehrers jährlich 200 fl. öst. Währ. beizutragen, das entbehrlich gewordene vom Niechociner Pfarrer Sobczyński mit Zustimmung des Präemysler lateinischen Consistoriums zur Unterbringung der Schule abgetretene Vikarsgebäude stets im guten Stande zu erhalten, für die Schulaufberung Sorge zu tragen, endlich zur Schulbeheizung jährlich 6 n. ö. Klafter Holz anzukaufen und zuzuführen.  
Dieses bethätigte Streben nach Hebung der Volksbildung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krafer am 13. October 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 6. October d. J. dem wirklichen geheimen Rath und Unterstaatssecretär im Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Äußeren Otto Freiherrn v. Meysenburg die Annahme und das Tragen des ihm von Sr. Heiligkeit dem Papste verliehenen Großkreuzes des St. Gregor-Ordens und dem Sectionsrathe in demselben Ministerium Ostav Vubi die Annahme und das Tragen des Commandeurkreuzes des nämlichen Ordens allergnädigst zu gestatten geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 16. October d. J. dem Hofbuchhalter und ersten Vorhändler der Centralbuchhaltung für Communicationsanstalten Dr. Philipp Ritter v. Gschierich in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung das Titel und Charakter eines Regierungsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 30. September d. J. der Anna Hoosy, Kammerfrau Ihrer kaiserlichen Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie, bei Vollendung ihres vierzigsten Dienstjahres und in Berücksichtigung ihrer treuen ergebnen und guten Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 12. October d. J. auf Vorschlag des Gemeinderathes den Cavaliere Edoardo de Betta zum Podesta von Verona allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 19. October.

Gestern haben wir das in Ungarn herrschende Parteitreiben besprochen und die Ausichten, welche in Bezug auf die Anbahnung einer Verständigung übrig bleiben. Heute geht uns ein Schreiben unseres Wiener Corr. zu, in welchem gleichfalls der Betrachtung Raum gegeben wird, daß noch nichts in Ungarn sich geklärt, noch keine bestimmte, befriedigende Ziele erkennbar sind. Dagegen spricht das Schreiben die Hoffnung aus, daß es schließlich an einem befriedigenden Ausgleich nicht fehlen wird. Das Schreiben lautet: Die Wahlbewegung in Ungarn ist im vollen Gange und jeder Tag bringt uns von dem Wahlfelde die Neben- und Programme der Landtagscandidates, aus denen sich die politischen Präntationen der Ungarn erschließen lassen und die uns über Ungarns politisches Wesen und die Ansprüche der ungarischen Parteiführer so ziemlich belehren. Fassen wir das ganze Ensemble der jetzigen Bewegung, so müssen wir erkennen, daß das letzte Wort in der staatsrechtlichen Frage lange noch nicht gesprochen, daß in dem viestimmigen Chor der staatsrechtlichen Dissonanzen hörbar werden, die in der That einer gedeihlichen Lösung der staatsrechtlichen Frage nicht hold zu sein scheinen, daß aber trotz dieser Dissonanzen der Glaube und die Hoffnung auf eine befriedigende Verständigung in den Herzen der Bevölkerung nicht wankend gemacht werden konnte. Ungarn steht nun auf dem Scheidewege in seinem Verhältnisse zu Oesterreich und bezüglich seiner eigenen Aufgabe und seiner Wohlfahrt. Wie wird es seine Aufgabe lösen? Man verweist uns auf die Programme Schizy's, Szvankas und Anderer, die Programme der reinen Resolutionspartei, die von einem Eintreten Ungarns in den österreichischen Völkerbund nichts wissen will. Sie beharrt auf der Personalunion, die ein Eintreten in den österreichischen Völkerbund ausschließt, ohne zu erkennen, daß das

Land, das durch seinen unendlichen Productenreichtum, wie durch die Intelligenz seiner Einwohner zur schönsten Zukunft berechtigt ist, unter den lähmendsten Einflüssen krank, daß Ungarns Blüthe heute unter dem dürftigen Verhältnisse zum Gesamtstaate, das jeden anderen Zusammenhang, als den der fürstlichen Person, verschmährt, nimmermehr gedeihen kann, daß das Schicksal Ungarns an dasjenige Oesterreichs gebunden ist und daß nicht in dem Verhältnisse zur Krone allein, wie die Geschichte genugsam darthut, die Gewährleistung seiner ununterbrochenen politischen Werbungen liegt, sondern in der Solidarität mit den anderen Theilen der Monarchie. Nach den Kundgebungen der Botschaft dürfte man wohl versucht werden, zu glauben, daß eine Möglichkeit der Verständigung nicht vorliegt. Zu unserem Troste dürfen wir aber jetzt schon annehmen, daß die Fraction der nichtbekehrten Botschaftspartei im Landtage in Minorität sein werde gegenüber einer großen nationalen Verständigungspartei, als deren Führer Deak zu betrachten ist. Daß es dieser Partei Ernst ist um die Erzielung eines Ausgleichs, unbeschadet der nationalen Selbstständigkeit und um die notwendige Verständigung, zeigt aber nicht nur der Mai-Artikel Deak's, das Wahlprogramm Cötrös, sondern auch die Reden Fiáth's, Tanarky's und neuestens Czengery's, in denen die gemeinsamen Angelegenheiten bereits formulirt und ihre Behandlung näher erörtert wurde. Für das Zustandekommen eines vernünftigen befriedigenden Ausgleichs bürgt uns aber insbesondere Deak, dieser populärste und geachtetste Führer der Nation, der das Lösungswort „Ausgleich und Verständigung“, wie wir nicht zweifeln, auf seine Fahne geschrieben. Bei dieser Garantie darf uns diesseits der Leitha demnach um die endliche Vereinbarung nicht bange sein. Und wenn neuerlich in Ungarn ausgesprochen wurde, daß die sanctio pragmatica die Grundlage des Ausgleichs sein solle, so möchten wir bedenken lassen, daß dieser Staatsvertrag selbst eigentlich schon eine Abänderung der Personalunion bedeutet und daß bei der Naturnothwendigkeit des mit dem eigenen Interesse der ungarischen Nation zusammenfallenden Gesamtstaates dieser Staatsvertrag eine Ergänzung erheischt, deren Nothwendigkeit in den Zeiten Karls VI. wohl nicht einleuchten konnte, die aber heute nicht geleugnet und etwa aus dem Grunde nicht abgewiesen werden kann, weil sie damals, wo die erblichen Provinzen noch keinen constitutionellen Organismus hatten, nicht einleuchtete und weil eine Ergänzung der sanctio pragmatica nicht ausdrücklich gefordert wurde. Wie nun die Zeiten vorüber sind, wo gemeinsame Angelegenheiten hier und dort einer anderen Behandlung unterzogen werden konnten, so wäre es ein müßiger Streit darüber, ob in der Vergangenheit eine gemeinsame Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten stattfand oder nicht. Wir sind mit den besten Staatsmännern Ungarns in der anerkannten Wahrheit heute einig, daß die gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam, constitutionell und einseitlich behandelt werden müssen und die Anerkennung dieser Wahrheit, der Basis des staatsrechtlichen Ausgleichs, fordert das Eintreten für einen beschlußfähigen Repräsentativ-Körper. Möge auf Grund dieser Basis eine Landtags-Majorität sich finden, denn auf dieser Majorität begründet sich unsere Hoffnung, daß für Ungarn und das Reich eine neue Epoche gemeinschaftlichen Glückes beginnen könne.

Die „Debatte“ veröffentlicht einen Mahnruf aus der Bukowina an die Ungarn, dem wir nachfolgende Stelle entnehmen: „Zeit ist der entscheidende Moment gekommen, wo die Ungarn in unzweideutiger Weise darthun müssen, daß sie zu jenen Opfern bereit sind, ohne welche ebenso eine kräftige Entwicklung des Ganzen, wie auch das Wohl aller Theile unmöglich ist. Ungarn darf nicht in strenger Abgeschlossenheit verharren, sondern muß ebenso entschlossen wie es seine nationale Selbstständigkeit verteidigt, für die gemeinsamen Rechte aller Königreiche und Länder eintreten. Nicht zu uns wollen wir es herabziehen suchen, aber es muß uns dafür brüderlich die Hand reichen, damit wir uns zu seiner Stelle emporheben. Wir erwarten aber auch mit Zuversicht, daß die Nation, welche ein ebenso bewegtes politisches Leben hinter sich hat, einrichtsvoll und klug genug sein wird, um nicht durch starres Festhalten an unmöglich gewordenem dem gemeinschaftlichen schadenfrohen Gegner den Sieg, uns alle aber einer trüben, unbestimmten Zukunft zu überlassen.“

Die „Neue freie Presse“ theilt ein Schreiben mit, welches den Landesauschüssen von Tirol und Vorarlberg von der Statthalterei in Innsbruck zuzuging. Dasselbe ist von dem Vicepräsidenten der Statthalterei Grafen Carl von Coronini unterzeichnet und bildet

einen amtlichen Commentar zum Manifest vom 20. September, es lautet:

Das mit dem heutigen Tage publicirte a. h. Manifest enthält über die Verfassungsfrage so klare Bestimmungen, daß ich in Folge des hohen Staatsministerial-Auftrages nur Weniges beizufügen habe, um Euer Wohlgebornen über die Intentionen der Regierung zu informiren.  
Die Absicht geht einzig und allein dahin, unter strenger Wahrung der Einheit und Machtstellung der Monarchie ein gemeinsames Verfassungsleben rechtlich möglich zu machen, demselben feste, dauernde Grundlagen zu schaffen und zu diesem Zwecke einen Weg zu betreten, der fern von jeder Rechtsfiction dem constitutionellen Principe allein entspricht, und im a. h. Patente vom 26. Febr. 1861, Art. 2 und 6, selbst angegeben ist.

Es ist dies der Weg der Verständigung mit jenen Ländern im Osten des Reiches, deren Verfassungsgefüge mit dem kaiserlichen Diplome vom 20. October 1860 wieder ins Leben gerufen wurden und im Artikel 6 des Februarpatentes ausdrücklich als Bestandtheil der Reichsverfassung bezeichnet sind.

Insolange die Bestandtheile mit einander nicht im Einklange stehen, ist das Ganze ohne Lebenskraft und die Herstellung dieses Einklanges kann nach wahrhaft constitutionellen Grundsätzen und nach den Bestimmungen des Februarpatentes selbst, welches im Artikel 2 des a. h. Handschreibens vom 20. October 1860 ausdrücklich als maßgebend erklärt, zunächst nur durch eine Verständigung mit den legalen Vertretern Ungarns und Croatiens zur Wahrheit werden.

Von einer Rechtscontinuität des Reiches, welche an das Grundgesetz über die Reichsvertretung anknüpfen würde, kann in verfassungsmäßigen Sinne schon deshalb keine Rede sein, weil das erwähnte Grundgesetz für sich allein gar nicht die Verfassung des Reiches bildet, sondern nur ein Bestandtheil derselben ist, daher nur in und mit dem Gesamtcomplex von Grundgesetzen (Artikel 6 des Patentes vom 26. Februar 1861) besteht und wirksam sein kann. Es kann ferner dieser in den öffentlichen Blättern und von Parteiorganen häufig aufgestellten Behauptung deshalb keine Berechtigung zugesprochen werden, weil das Reich, somit die Gesamtheit aller Länder, dieses Grundgesetz gar nicht als rechtlich gültiges und wirksames Verfassungsgefüge angenommen hat. Wenn man sich daher in den Ländern diesseits der Leitha häufig darauf beruft, daß nachdem die Vertretungen dieser Länder das Gesetz über die Reichsvertretung angenommen haben, dasselbe für sie auch den Ausgangspunct einer Rechtscontinuität zu bilden habe — so liegt die Unhaltbarkeit dieser Behauptung klar am Tage. Die Rechtscontinuität der Länder diesseits der Leitha könnte nur von den Landesordnungen ausgehen, ebenso wie die Rechtscontinuität Ungarns (welche übrigens von jenen Parteiorganen, ungeachtet des großen Widerspruchs, häufig ausdrücklich anerkannt wird) nur die ungarischen Verfassungsgefüge zur Grundlage hat.

Es gibt nur zwei Wege zur Behandlung des Gesetzes über die Reichsvertretung gegenüber den Landtagen Ungarns und Croatiens. Entweder das Gesetz wird denselben als obligatorisch kundgemacht, und darin läge eine offenbare Aneignung der Wirkungskraft, eine tiefere Verletzung des legitimen und constitutionellen Rechtes; oder aber dieses Gesetz gelangt als Proposition an den ungarischen und croatischen Landtag und dann ist es Gegenstand der Verhandlung und kann nicht gleichzeitig als allgemein bindendes Reichsgesetz behandelt werden.

Der letztere Weg ist vom Standpuncte des legitimen und constitutionellen Rechtes der allein correcte, und es wird den legalen Vertretern der anderen Königreiche und Länder das Recht gewahrt, das Gewicht ihres Anspruches vor der a. h. Entschlieung über die Verhandlungsergebnisse des ungarischen und croatischen Landtages zur vollen Geltung zu bringen.

Es ist jedoch selbstverständlich, daß, bevor diese Verhandlungsergebnisse nicht vorliegen, die Vertreter der diesseitigen Länder auch zu einer Beratung dieses Gegenstandes staatsrechtlicher Natur nicht berufen werden, sondern in ihrer Thätigkeit die Grenzen einzuhalten haben, welche ihre in Kraft und Wirksamkeit befindlichen Landesordnungen vorgeichnen. Ein strenges Festhalten an diesem Grundsatz und ein allmähliges geordnetes Vorgehen in der Lösung der Verfassungsfrage, unter Wahrung des legalen und legitimen Bodens, ist die Grundbedingung eines gedeihlichen Erfolges.

Der engere Reichsrath, welchem nach dem Grundgesetz über die Reichsvertretung keine wie immer geartete Mitwirkung bei Lösung der Verfassungsfrage zukommt, muß durch die Sistirung der Wirksamkeit des oben bezogenen Gesetzes nothwendig auch einen Stillstand in seiner kompetenzmäßigen Thätigkeit erleiden, da das Reichsstatut überhaupt nur einen Reichsrath kennt und lediglich in der Theilnahme der Vertreter der einzelnen Länder an den Verhandlungen und Beschlüssen, je nach der Verschiedenheit des Gegenstandes der Verhandlung, einen Unterschied feststellt.

Die Rechtsgrundlagen, das ist alle Grundbestimmungen des Reichsstatutes, haben ihre ganz gleiche Geltung für die gesammte Thätigkeit des Reichsrathes; sollte

daher nach Sistirung der Wirksamkeit des Reichsstatutes der engere Reichsrath dennoch forttagen, so wäre dies nur die Schaffung einer neuen Rechtsfiction, wenn man nicht im Wege der Oetroirung demselben eine selbstständige Rechtsgrundlage geben will. Weder das Eine, noch das Andere kann in den Intentionen der Regierung liegen. . . .

Nach der Berliner „Bank- und Handels“ Ztg. sind in Wien directe Nachrichten sehr beruhigender Natur über Bismarck's Reise nach Biarritz eingegangen.

Die „Debatte“ schreibt: Obwohl noch nichts Authentisches über die Erfolge, die Bismarck in Biarritz errungen haben soll, in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, so stellt es sich dennoch schon jetzt immer mehr heraus, daß seine Leiborgane in ihrem dienstbereiten Eifer zu weit gingen, als sie Resultate der Biarritzer Reise escomptirten und verherrlichten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Graf Bismarck, ohne seine Lieblingspläne realisirt zu haben, nach Berlin zurückkehren und das Eigenthümliche hierbei ist, daß seine Pläne nicht bloß in Paris auf Widerstand stießen, sondern daß sie sogar in den maßgebendsten Kreisen in Berlin zurückgewiesen werden. Bismarck sitzt also zwischen zwei Stühlen und es kann ihm geschehen, daß er in Paris Zulagen erhalten, die man in Berlin durchaus nicht benützen wird und daß er Zulagen macht, die man in Berlin nicht anerkennen gesonnen ist. Unter solchen Verhältnissen kann also von einem glänzenden Erfolg in Biarritz nicht die Rede sein. Auch einem Brüsseler Blatte wird aus Paris geschrieben, daß Herr v. Bismarck ziemlich enttäuscht über seine Entree aus Biarritz heimkehren dürfte. Er soll dem Kaiser nicht nur einer allein zum Zwecke beiderseitiger Verzögerung wenig geneigt gefunden, sondern sich überzeugt haben, daß Frankreichs gegenwärtige Tendenzen mehr auf eine Annäherung an Oesterreich hinstreben. „Weekly Despatch“ behauptet, daß der Kaiser Napoleon dem Grafen Bismarck bloß eine einzige kurze Audienz gewährt und jeden weiteren Verlehr fallt abgeschnitten habe. Dem „Trib.“ schreibt man hierüber aus Frankfurt: Der kurze Posamentenstoß der „Prov.-Corr.“ über Bismarck's Besuch in Biarritz ist bis jetzt ohne Nachhall geblieben, im Gegentheil war zu bemerken, daß zu gleicher Zeit und unmittelbar nach demselben allerhand kleine Neckereien in den officiösen Organen Berlins gegen Frankreich losgelassen wurden. Und sonderbarer Weise hört man seit gestern (das Schreiben ist vom 15.) wieder Stimmen, welche auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Paris und Wien hindeuten. Wir möchten warnen, denselben allzuviel Glauben zu schenken. Wenn in Biarritz etwas abgemacht wurde, so ist natürlich, daß man Zweck und Mittel verhält, ja, daß man die zum Nachtheil Betheiligten zu täuschen sucht. Ein für alle Mal aber dürfte es gewagt sein, wenn man sich einredet, der preussische Premier sei auf irgend welche Gefahr hin, oder gar gegen den Willen des Kaisers Napoleon nach Biarritz gegangen; jeder, der einigermaßen in die diplomatischen Gebräuche eingeweiht ist, weiß, wie schwer die leisesten Winke von Souverainen wiegen, und daß ohne die volle Zustimmung eines Herrschers eine derartige Begegnung total unmöglich ist. Auf der anderen Seite darf man auch die Gesinnung des Königs Wilhelm nicht unterschätzen. Er soll zu einem süddeutschen Minister gesagt haben: „Oesterreich und Preußen, wenn sie vereint waren, haben immer gesiegt. Ich halte mit dem Kaiser, was auch kommen möge.“

Die französische Provinzial-Correspondenz gibt den vollständigen Text des Artikels der Berliner Provinzial-Correspondenz über die Uneigennützigkeit in Biarritz. Dazu bemerkt sie: Es fehlt nicht an Leuten, welche daraus schließen wollen, es bilde sich eine französisch-preussische Allianz. Der Wahrheit kommt man jedoch näher, wenn man Hr. v. Bismarck nicht aufs Wort glaubt. Er läßt dergleichen Mittheilungen ausspielen, weil er das Bedürfnis fühlt, den Leuten in Deutschland weiß zu machen, wir werden seine Projecte toleriren. Das Spiel ist unschädlich, so lange es nicht weiter getrieben wird. Aber man halte an der Ueberzeugung fest, daß an dem Tage, wo Preußen aus dem Gleichgewicht geräth, um das europäische Gleichgewicht zu bedrohen, die Artikelchen der preussischen Officiösen mit ihren windigen Complimenten für unsere Toleranz und Uneigennützigkeit Hr. v. Bismarck nichts helfen werden. Wir werden nichts dulden, als was unserem Interesse vollkommen Rechnung trägt. Damit wollen wir die affectirte Sprache der Bismarck'schen Organe auf den Werth zurückführen, den sie in Wirklichkeit besitzt.

Bis zur Abreise des Hofes von Biarritz, schreibt ein Pariser Corr. der „Presse“, war insbesondere die

russische Gesellschaft dort stark vertreten. Aus ihr gingen dem russischen Organ „Le Nord“ in Brüssel Correspondenzen zu, welche den Herrn Grafen Bismarck sammt Begleitung aufs impertinenteste persiflirten und, indem sie seine komische Indringlichkeit drastisch schilderten, das ihm vom Kaiser angeblich erwiesene Entgegenkommen als ein Staatsgeheimniß bezeichneten, wovon in Biarritz Jedermann auf der Promenade u. s. w. nur das Gegentheil zu Gesicht bekam.

Die „N. Pr. Z.“ bleibt bei der Behauptung, daß in Betreff einer Uebereinkunft wegen der Besatzungsverhältnisse in Kiel Verhandlungen im Zuge sind.

Die „Wefer-Zeitung“ bringt das ganz unglaubwürdige Gerücht von angeblichen Vorstellungen des Gouverneurs von Schleswig, Generals von Mantuffel, an den Statthalter von Holstein, FML. von Gablenz, wonach Preußen eine thatsächliche Nebenregierung in Holstein nicht dulden würde. Eine derartige Vorstellung preußischerseits würde den Abmachungen von Gastein directe widersprechen und daher — falls dieselbe wider Erwarten gemacht werden sollte — von Seiten Oesterreichs mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die Pariser „Liberté“ drischt fortwährend das leere Stroh des Rufes nach den natürlichen Grenzen; heute veröffentlicht sie sogar einen sechs Spalten langen Nothschrei eines „Rheinländers“ gegen Preußen. Dieser „malheureux Rhénan“, der ohneweiters im Namen der ganzen Rheinprovinz spricht, will verhindern, daß die Geschichte einst sage, Preußen habe die letzte Spur der Civilisation im Ruhr-, Rhein-, Saar- und Mosel-Departement zur Zeit Napoleons III. vernichtet und die „Liberté“ fügt hinzu: „Man sieht, die Rheinländer erwarten nur, daß Frankreich ihnen die Arme öffnet!“ Frankreich wird die Arme wahrscheinlich nicht öffnen, da Frankreich sehr gut weiß, daß das verlor'ne Liebesmühen wäre; wahrscheinlich wird aber Frankreich der „Liberté“ auf die unnütigen Finger klopfen, die solches Zeug schreiben, das Frankreich nur lächerlich macht.

Nach einer Wiener officiösen Corresp. der F. P. Z. ist die Revision des Concordats seitens Oesterreichs in Rom neu angeregt worden. Es handle sich hierbei zumeist um solche Bestimmungen des Concordats, die noch nicht ausgeführt sind, deren Ausführung auch namentlich in Ungarn, auf geradezu unbesiegbare Schwierigkeiten stoßen würde. Die Fundamentalprincipien des Concordats, welche die Freiheit der Kirche im Staate sicherstellen sollen, würden durch eine solche Revision oder besser gesagt durch eine nachträglich vereinbarte Interpretation einzelner Artikel des Vertrages nicht angetastet. Das „Frdbl.“ bringt gleichfalls die Nachricht, daß die zur Revision des Concordates führenden Schritte bereits angebahnt sind, und daß mit diesen der Besuch, den der päpstliche Nuntius Falconelli dieser Tage bei dem Fürst-Primas Szizowsky in Gran abstatte, im Zusammenhange stehe.

Die h. Pforte hat an die in Constantinopel beglaubigten Repräsentanten der fremden Mächte ein Schreiben gerichtet, mit der Anzeige, daß die früheren Provinzen Damascus, Saïda und ihre Dependenzien zu einem einzigen Bezirk unter dem Namen „Bilayet Syrien“ vereinigt worden.

Das französische Cabinet soll die Absicht hegen, gestützt auf das Interesse aller europäischen Mächte, durch eine vollständige Versöhnung der Gemüther den inneren Frieden der Union dauernd begründet zu sehen, eine Aufforderung an die übrigen Großmächte zu richten, sich einem Schritte zuzugesellen, der, selbstverständlich mit der entschiedensten Verhinderung der Annäherung, auf die selbstständigen Entschlüssen der Washingtoner Regierung Einfluß nehmen zu wollen, dieser Regierung den Gedanken einer umfassenden und ergänzenden Amnestie für die Compromittirten des Südens zur Erwägung anheimstellt. Ob selbst unter der Voraussetzung, daß die übrigen Großmächte dem Wunsche Frankreichs ihre Zustimmung ertheilen, der hier beabsichtigte Schritt von irgend einem Erfolge begleitet sein werde, ist sehr zweifelhaft. Die amerikanische Politik hat stets bewiesen, daß sie unbeeinflusst ihre eigenen Wege zu wandeln liebt und am allerwenigsten wird es in Washington bezagen, Frankreich die Initiative ergreifen zu sehen in einem Vorhaben, das einer Pression auf die Entschlüssen des Washingtoner Cabinets gleich käme.

Von Magdagskar wird der „Patrie“ berichtet, daß der englische Generalconsul Palenham den mit der Königin Mascherina abgeschlossenen Freundschafts- und Handelsvertrag verkündigt hat. Ein mit einer Mission nach Paris und London betrauter Eingeborner war von Tananariva abgegangen, um sich in Tamatava nach Europa einzuschiffen. Dem Repräsentanten Englands war es endlich gelungen, den Missionär Hrn. Ellis zu entfernen; dieser war auf Mauritius angekommen und wollte mit dem nächsten Paketboote nach Southampton abgehen. Seit einigen Monaten waren die Beziehungen des französischen Consuls zu der Regierung der Königin verflochten, dennoch war noch nichts über Regulirung der von Frankreich geforderten Entschädigungssumme festgesetzt worden; man meint jedoch, die Frage sei ihrer Lösung nahe.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Octbr.

Dem Bernehmen nach, meldet die „Presb. Bz.“, trifft Se. Majestät am 5. December in Pest ein,

wohnt am 8. der Eröffnung des Akademiepalastes bei und eröffnet am 8. persönlich den Landtag. Auch Ihre Majestät die Kaiserin kommt am 2. Jänner nach Pest.

Der algerische Säger Chaisaïng hat die Schilderungen seiner Löwenjagden als Buch herausgegeben und selbes, wie einst Gérard es gethan, mehreren Potentaten unterbreitet. Wie das „Journal des Chasseurs“ eben veröffentlicht, erhielt Chaisaïng von Sr. Majestät dem Kaiser Franz Joseph als Anerkennung einen sehr reich verzierten Doppelstegen (Hinterlader), welcher die Krone in Gold und die Initialen des Kaisers, ferner die Inschrift trägt: „Donnée par l'Empereur d'Autriche à M. J. Chaisaïng. Die Waffe mit completem Zugehör ist in einem zierlichen Behältniß bewahrt. Das Geschenk wurde dem erst kürzlich mit der Ehrenlegion ausgezeichneten Säger mit einem sehr verbindlichen Schreiben des österreichischen Botschafters in Paris durch das französische Kriegsministerium zugesendet.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna wird nächste Woche auf der Durchreise nach Prag in Schönbrunn eintreffen.

Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ferdinand ist mit dem gestrigen Schnellzuge von Brünn und der Herr Erzherzog Sigismund von Stöckerau hier eingetroffen.

Die Staatsschulden-Controllcommission ist gestern zu einer Berathung zusammengetreten, deren Gegenstand das k. Rescript bildete, welches in Folge der bekannten Eingabe der Commission die Stellung und die Befugnisse dieses Körpers für die Zukunft normirt. Diese allerhöchste Entschliezung ist nämlich vor mehreren Tagen der Commission zugemittelt worden. Die gestrige Sitzung führte noch nicht zu einem bestimmten Resultate, welches wohl in der auf heute anberaumten zweiten Sitzung erreicht werden dürfte. Wie die „Presse“ unter Reservereiththeil, hätte die Regierung die Denkschrift der Commission dahin beantwortet, daß sie, von dem Wunsche geleitet, die Commission ihrer Thätigkeit erhalten zu sehen, es ihr freistelle, sich mit ihren Zweifeln unmittelbar an den Monarchen zu wenden, während bis jetzt ihr nach Oben nur ein beschränkter Verkehr mit dem Finanzministerium gestattet war. Es soll der Commission bedeutet worden sein, es liege nicht in der Absicht der Regierung, die Ansicht der Commission über die staatsrechtliche Natur des Sistrungsactes beschränken zu wollen, wohl aber scheine es ihr (der Regierung) angezeigt, die Commission zu erinnern, daß sie Pflichten übernommen habe, die über den Kreis der principiellen Betrachtung hinausreichen und wesentlich praktischer Natur seien. Für diese Auffassung zeuge namentlich §. 8 des Gesetzes vom 13. December, und auch lit. b des §. 9 sei in einem allgemeinen, die überhaupt bestehende Staatsschuld umfassenden Sinne gemeint. Der dritte Absatz des §. 14 ermächtigt die Commission, sich für den Fall, daß der Reichsrath nicht versammelt ist, wegen Verfügungen, die sie für notwendig hält, an den Finanzminister zu wenden; dieser Fall sei nun auch mit der Sistrung des Grundgesetzes gegeben. Nach der „Presse“ hat die Commission mit noch größerer Majorität als das letztmal, nach einer andern Version nahezu einstimmig, beschlossen, bei ihrer früheren Entscheidung und der bezüglichlichen Motivirung zu beharren. Eine diesfällige Denkschrift soll morgen durch den Präsidenten der Commission, Fürsten Colloredo-Mansfeld, hohenorts überreicht werden.

Heute Vormittag 11 Uhr erfolgt die feierliche Enthüllung des Prinz Eugen-Monumentes. Das Monument wurde über Auftrag Sr. Majestät unterm 13. November 1860 bestellt, und die Ausführung sowohl im Modell als auch im Guß dem genialen und bewährten Künstler Anton Ritter v. Fernkorn übertragen, welcher auch diesmal dem gehegten Vertrauen durch die außerordentlich präcise und gelungene Herstellung des prachtvollen Erstgusses auf das Glänzendste entsprechen hat. — Das erste lebensgroße Gipsmodell wurde binnen einem, — und das zum Guße des heute entfallenen Originals bestimmte zwei und einhalb Mal lebensgroße Ebon- und Gypsmodell in zwei Jahren hergestellt, die übrige Zeit aber bis zur Aufstellung mit den Formen, dem Guße und der bis in die kleinsten Details meisterhaft durchgeführten Ciselirung der einzelnen Theile — von denen der hintere Theil des Pferdes, in einem Stücke gegossen, allein bei 300 Zentner wiegt, verwendet, so daß das Standbild noch um einige Zeit früher als der Contract bestimmte, vollständig aufgestellt werden konnte, — das Gewicht des sowohl für die reiche ornamentale Verzierung des Postamentes, als auch für die Reiterstatue verwendeten Metalles beträgt 508 Zentner 46 Pfund, die Eisenconstruction 164 Zentner. Die Zeichnungen zu den Ornamenten des Piedestales lieferte Herr Oberbaurath Van der Nüll, die Steinmetzarbeiten wurden anfänglich unmittelbar durch den Steinmetzmeister Herrn Kaaner, jedoch später und bis zur Vollendung des Postamentes, welches ebenfalls, wie jenes des Erzherzog Carl, — aus geschliffenem und polirtem Untersberger Marmor besteht, durch Herrn Schwarz, unter der ebenso geschickten als energischen Leitung des Steinmetzmeisters Joseph Budowij durchgeführt. Zur Ueberwachung und Controllirung der ganzen Ausführung des Denkmals bestand eine aus der k. k. General-Adjutantur, dem Herrn Oberbaurath Van der Nüll und Mitgliedern des Finanz- und Ministerium des Innern zusammengesetzte Commission. Prinz Eugen ist dargestellt in der Marschalls-Uniform seiner Zeit in voller Rüstung. Auf dem Kopfe, von dem rückwärts die lockigen Haare auf den Kragen herabfallen, trägt er den dreieckigen Federhut. Den Marschallsstab in der rechten Hand haltend, führt seine Linke mit dem Sägel das stolze auf den Hinterfüßen sich erhebende Pferd. Die Blende ist mit Kriegs- Trophäen als Kanonen, Bomben, Schanzkörben, Helmen und Schwertern, dem türkischen Halbmond u. s. w. bedeckt. Die in dem Mitteltheile des Postamentes eingegriffen vier Stammschilder enthalten folgende

Inschriften, und zwar am Vordertheile: „Von Kaiser Franz Joseph I. errichtet 1865“ — zur rechten Seite: „Dem ruhmvollen Sieger über Oesterreichs Feinde“ — zur Linken: „Dem weisen Rathgeber dreier Kaiser“ — den rückwärtigen Schild bildet das Haus- und Familien-Wappen des Gelehrten. — Außer den hier aufgeführten Inschriften sind noch zwischen den auf dem obern Theile angebrachten ornamentalen Verzierungen folgende Aufzeichnungen zu lesen, und zwar vorne: „Prinz Eugen der edle Ritter“, dann ringsherum in von Laubwerk umwundenen Feldern „Zenta 1697“ — „Hochstädt 1704“ — „Turin 1706“ — „Malplaquet 1709“ — Peterwardein 1716“ — „Belgrad 1717“ \*). Heute gelangt auch eine im Auftrage Sr. Majestät von Prof. Radnizky geschnittene Medaille in Gold, Silber und Bronze geprägt, zur Vertheilung. Dieselbe zeigt auf dem Avers das Fernkorn'sche Reiterstandbild mit der Umschrift: „Kaiser Franz Joseph 1865. Dem ruhmvollen Sieger über Oesterreichs Feinde, dem weisen Rathgeber dreier Kaiser“; — der Revers ein nach den besten Porträts gearbeitetes Brustbild des Felden und die Worte: „Prinz Eugen der edle Ritter“. Um 5 Uhr Nachmittags findet ein Galladiner bei Sr. Majestät in Schönbrunn statt. Um dieselbe Stunde versammelt sich das Officierscorps des hier liegenden Dragoner-Regiments Prinz Eugen von Sapoven zu einem Fest-Bankett im Hotel „Munich“.

Die Redaction der „Wiener Zeitung“ wurde am 15. d. Herrn Ernst v. Teschenberg, die der „Wiener Abendpost“ Herrn Dr. Georg Seuffert übertragen.

Der „Presse“ wird aus Pest, 17. d., tel. gemeldet: Baron Kemény glossirt im „Naplo“ über das Gzmander Schreiben Ghiczy's, woraus zu ersehen sei, daß die Beschlußpartei zu früh triumphire. Ghiczy habe noch keine Partei gewählt. Der „Naplo“ könne übrigens Ghiczy's Programm oder doch mehrere Punkte derselben nicht billigen. Die Großwärdner Wähler fragen hier an, ob die Wiederwahl der Einundfünfziger Deputirten obligatorisch sei, wie die Beschlußmänner behaupten.

„Naplo“ constatirt, daß Ghiczy's Wahlrede bloß individuelle Ansichten enthalte, und daß Ghiczy zu gar keiner Partei zu zählen sei.

Die Frage, welche Phasen der Landtag durchmachen dürste, beantwortet „Hon“ wie folgt: Bis Neujahr dürften die Verifikationen erledigt sein, unterdessen dürften auch die Deputirten der Nebenländer einberufen sein, und dieses Gravamen wegfallen. Erster Gegenstand der Berathung: Adresse, ohne größeren Kampf. Die Vertretung dankt dem König für die Einberufung und bedauert, daß die Regierung von den gesetzlichen Formen abwich und die Municipien nicht hergestellt hat. Dann kommt das Rescript. Viele sind so gläubig, daß sie meinen, hierauf würden sofort gesetzliche Medien hergestellt sein, und es sei schon das Expediens diesfällig beschlossen. Die bestehenden Steuern würden für ein Halbjahr en bloc votirt werden, und hierauf ohne Veenruhigung der Geldplätze die Municipien hergestellt werden. Wir glauben nicht an solchen Gang, sondern das hierauf, constitutionellem Decorum zuliebe, das Diplom und Patent vorgelegt werden wird. Hierauf folgt eine zweite Adresse, die unterthänig aber energisch erklärt, Ungarn sei zwar für die Reichsmacht zu größten Opfern bereit, könne aber diesen Ausgangspunkt nicht annehmen. Auch dies ohne großen Parteikampf. Die Situation sei so günstig, daß hierauf nicht die Auflösung, sondern die Aufforderung an den Landtag erfolgen werde, er möge selbst proponiren. Und jetzt folgt der kritische Moment. Diplom und Patent könnten aber gleich nach erster Adresse herabkommen, und dies vereinfachte den Weg. Die Fortsetzung des Artikels folgt. (Man weiß nicht recht, schreibt die „Wiener Abendpost“, was man von dem Artikel des „Hon“ halten soll. Für Prophezeiungs- spielerieen ist der Gegenstand zu ernst, und mehr als eine derartige Spielerei scheint hinter dem Artikel doch nicht zu stecken. Wenn man den Andeutungen der Deaktivischen Organe Glauben schenken darf, ist die „Hon“-Partei weder so stark noch so geschloffen, daß sie die Entwicklungsphasen des Landtags einfach in der Hand haben sollte, und doch müßte dies der Fall sein, wenn der Divinationsartikel des „Hon“, der übrigens vorsichtiger Weise mit dem „kritischen Moment“ des Parteikampfes abschließt, auf etwas besseres gegründet sein soll als auf müßige Combinationen.)

Die sächsische Nationsuniversität hat am 17. d. eine Commission zur Erstattung eines

\*) Bei der Feier wird der Männergesangverein folgendes von Weilen verfaßtes, von Herbeck componirtes Lied vortragen:

Prinz Eugenius der edle Ritter,  
Oesterreichs schönste Schlachtenkrieger,  
Als General und Feldmarschall;  
Hielt das Schwert in seiner Rechten,  
That für Oesterreichs Ehre fechten  
So im Feld wie vor dem Wall.

„Dreier Kaiser treuer Dener,  
In der Schlacht ein Löwe schien er,  
Nach dem Siege — mitgedünkt;  
War dem Künften hold nicht minder,  
Hatt' nicht Weib und hatt' nicht Kinder,  
Deshalb ward ihm Weib und Kind.

Weil er that zu allen Tagen,  
Weise rathen, tapfer schlagen,  
Und dabei so treu als Lüh;  
Unser Kaiser that befehlen,  
Daß man soll sein Geizbild stellen  
Vor die Kaiserburg zu Wien.

Stein und Eiz sind fest verbunden,  
So wird auch zu allen Stunden  
Deines Namens Ruhm bestehen!  
Steig' denn auf im Sonnenglanze  
Geld Du aus dem Waffentanze,  
Edler Ritter Prinz Eugen.

Und droht neues Kriegesgewitter,  
Flieg' voran, Du edler Ritter,  
Unser tapfern Kriegerschaar!  
Treu hast Du stets geübet,  
Oesterreich so sehr geliebet,  
„Deshalb hoch!“ — für immerdar!

Gutachten über die anlässlich des wegen der Union mit Ungarn einberufenen Landtages einzunehmende Stellung niedergelegt. Als Commissionsmitglieder wurden gewählt: Rannicher, Dr. Deutsch, Gull, Michael Binder, Böhmches, Balomiri, Hietisch. Die Commission hat Böhmches zum Obmann, Gull zum Referenten gewählt.

### Deutschland.

Aus Kiel, 14. d., wird gemeldet: Der Statthalter Freiherr von Gablenz ist gestern zu einer Inspectionsreise nach dem östlichen Holstein abgegangen und übernachtete auf dem Gute Farve des Grafen Neventlow-Farve. Morgen wird derselbe wieder in Kiel eintreffen.

Wir haben, schreibt das „N. Frdbl.“, dieser Tage mitgetheilt, daß Herr May von Seite der österreichischen Statthalterei in Holstein die Zusicherung erhalten habe, unbehelligt in Holstein verweilen und seinen Berufsgeschäften obliegen zu können. Wir haben diese Mittheilung von so zuverlässiger Seite erhalten, daß wir keinen Anstand nehmen, dieselbe aufrecht zu erhalten, obgleich von Berlin aus allerdings nur unter der Form eines Gerüchtes, verbreitet wird, Herrn May sei gerade von Seiten der österreichischen Statthalterei bedeutet worden, nicht wieder die Redaction der „Schlesw.-Holst. Z.“ zu übernehmen. Wir glauben zu wissen, daß in diesem Falle die österreichische Regierung nicht von dem für ihre Verwaltung Holsteins aufgestellten Maxime abweichen wird, sich darauf zu beschränken, die bestehenden Gesetze in Holstein zur Ausführung zu bringen. Nun existirt aber gar kein Auslieferungsvertrag zwischen dem Herzogthume Holstein und dem Königreich Preußen. Es würde also nach dem holsteinischen Gesetze jeder Rechtsgrund fehlen, den Herrn May falls er neuerdings unter Anklage gestellt und von Preußen reclamirt werden würde, den preußischen Gerichten auszuliefern, zumal er nicht eines gemeinen Criminalverbrechens wegen verfolgt wurde. In einem wiederholten preußischen Gewaltstreich gegen May ist uns so weniger zu denken, als Preußen in Holstein weder Civil- noch Militärgewalt besitzt und zudem gegen die frühere Aufhebung May's ein scharfer österreichischer Protest vorliegt.

Aus München, 14. October, schreibt man der „M. P. Z.“: Die fortschrittliche Presse fährt fort, das Militär der „Brutalität“ u. s. w. zu bezichtigen. Neue Nahrung erhält dadurch die kopflose Menge zur Verzeihung. Auf Militärposten wird zur Nachtzeit mit Steinen geworfen. Den Ausstufungen einestheils der Presse gegenüber bleibt indessen die Militärbehörde nicht unthätig. Einem gestern erlassenen Commandant'schäftsbehele zufolge haben die Abtheilungen nachzuforschen, welche Insulten die Soldaten am Sonntag und Montag (8. und 9. d.) erlitten. Glaube man aber ja nicht, daß es sich um eine Zusammenstellung der einfachen Auslagen der Soldaten handle. Ihre Angaben sind vielmehr unter Eidleistung beim Auditor zu machen, und dieser hat specielle Protocolle darüber aufzunehmen. Die Veröffentlichung der Auszüge dieser Protocolle wird seltene Einzelheiten an das Tageslicht fördern, worüber bisher die Soldaten geschwiegen. Man wird erfahren, daß bei der wilden Pöbelschaar sich bereits eine Lust zum Morden nicht nur in Worten, sondern in Thaten kundgegeben hatte, und nur in Folge eines Zufalles nicht in Ausführung gebracht werden konnte. Wenn solche verbrecherische Reizungen sich einmal kundgegeben, ist der Höhepunkt sicher erreicht. Ferner wird man durch die eidlischen Aussagen der Soldaten Gewißheit darüber erlangen, wie planmäßig bei der zweiten Zusammenrottung (11 Uhr Nachts) zu Werke gegangen; wie die Schwärme geordnet, auf Commando aus den Nebenstraßen hervordrängten und wie es somit höchste Zeit gewesen, gegen die Tumultuanten mit einem Radicalmittel vorzugehen.

Ihre Majestäten der König und die Königin von Preußen sind am 17. Nachmittags um halb 5 Uhr, von den bereits anwesenden Prinzen und Prinzessinen des königlichen Hauses, den Spigen der Behörden und der Geistlichkeit im Bahnhof empfangen, in Münster eingetroffen und haben unter Glockengeläute und großem Volksejubel den Einzug in die festlich geschmückte Stadt gehalten.

### Frankreich.

Paris, 16. October. Trotz des gelungenen Experiments mit der bloß officiösen Candidatur des Hrn. Barillon bleibt die Regierung ihrem bisherigen System der officiellen Candidaturen treu, wie das in auffallender Art die beiden bevorstehenden Wahlen in den Nieder-Pyrenäen beweisen. Auch im Ain-Departement bemüht sich Herr Girod (de l'Ain), der Sohn des ehemaligen Volks-Repräsentanten um den Titel eines Regierungs-Candidaten. — Graf Montalambert reist in Spanien und befindet sich in diesem Augenblicke in Saragossa. — Der Kaiser empfing gestern den General Montebello, Ober-Commandanten der französischen Armee in Rom. — Fürst Metternich trifft Ende dieser Woche in Paris ein. — Seit Freitag ist die Cholera in Paris wieder im Zunehmen begriffen. Am Samstag starben 212 Personen, also 32 mehr als am Freitag, und gestern ebenfalls über 200. Die Zahlen sind aber noch hinter der Wahrheit zurück, weil nicht alle Cholera-Todesfälle als solche angemeldet werden. Die eingetretene Kühle fast kalte Witterung hat also keinen günstigen Einfluß auf den Gesundheitszustand in Paris ausgeübt, sondern die Zahl der Kranken noch vermehrt. Im Süden Frankreichs tritt die Cholera in den letzten Tagen auch wieder stärker auf. — Ludwig Kossuth, welcher sich einige Tage hier aufgehalten hatte, ist nach der Schweiz zurückgekehrt.

Am vorigen Donnerstag sind im Ministerium des Auswärtigen zu Paris die Ratificationen der drei neuen Postverträge zwischen Frankreich und Belgien ausgewechselt worden.



3. 27012. Kundmachung. (1047. 3)

Zur Sicherstellung der Deckstofflieferung im Rzeszower Strafenbaubezirk für die drei auf einander folgenden Jahre 1866, 1867 und 1868 wird die Offertverhandlung bei der Tarnower und Rzeszower Kreisbehörde vorgenommen werden.

Das diesfällige Erforderniß für das Jahr 1866 betrifft: 1. Im Tarnower Kreisanteile: für die Wiener Hauptstraße 252 Prismen mit dem Fiskalpreise von 984 fl. 72 1/2 fr.

2. Im Rzeszower Kreisgebiete: für dieselbe Straße 830 Prismen mit dem Fiskalbetrage pr. 4996 fl. 1/2 fr.

Die gedruckten allgemeinen und lithographirten speciellen Bedingungen können sowohl bei der Tarnower und Rzeszower Kreisbehörde, als auch bei dem Rzeszower Strafenbaubezirksamte jederzeit eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiermit eingeladen, ihre mit dem 10% Badium belegten Offerten für die Deckstofflieferung im Tarnower Kreisanteile längstens bis zum 30. October 1865 bei der Tarnower, und betreffs der Lieferung im Rzeszower Kreisgebiete längstens bis zum 31. October 1865 bei der Rzeszower Kreisbehörde, als dem festgesetzten Präklusivtermine zu überreichen.

Nicht Tage darnach werden die einzelnen Offerten in Gegenwart der erscheinenden Offerten und zweier Zeugen vorschriftsgemäß eröffnet werden, und zwar vom Herrn Kreisvorsteher in Tarnow am 7. November, in Rzeszow am 8. November 1865.

Nachträgliche Angebote werden nicht berücksichtigt werden. Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, 11. October 1865.

Nr. 26446. Concurs-Ausschreibung. (1049. 2-3)

Beim lat. bischöfl. Consistorium in Tarnow ist eine Curforsche mit dem Gehalte jährlich 210 fl. 5 W. in Erledigung gekommen. Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche unter Nachweisung der Moralität, dann der Kenntniß der deutschen, polnischen und lateinischen Sprache, ferner daß sie eine reine correcte Handschrift führen, bis 15. December 1865 im Wege der competenten Behörde beim Tarnower bischöfl. Consistorium zu überreichen.

Bezüglich der Kenntniß der lateinischen Sprache haben dieselben insbesondere nachzuweisen, daß sie dieser Sprache wenigstens derart mächtig sind, wie es von einem Gymnasialschüler nach beendigt vierter Gymnasialklasse vorausgesetzt wird. K. k. Statthalterei-Commission. Krakau, am 8. October 1865.

Kundmachung. (1046. 3)

Da die am 18. September d. J. wegen Vermietung einer ebenerdig Wohnung in der ararischen Realität Nr. 270, Gemeinde IX am Zwierzyniec abgehaltene Offert-Verhandlung kein günstiges Resultat ergeben hat, so wird unter Aufrechthaltung der mit der Kundmachung vom 28. August d. J. bekannt gemachten Bedingungen am 30. October 1865 um 10 Uhr Vormittags in der Bauverwaltungsanzlei Nr. 51 am Ring eine neue Offert-Verhandlung abgehalten werden. Die mit der gesetzlichen Stempelmarken versehenen Offerte müssen mit 5 Procent des offerirten einjährigen Zinses als Badium belegt, längstens bis 10 Uhr Vormittags versiegelt einlangen.

Die bezüglichlichen Bedingungen können jeder Zeit in der vorgedachten Bauverwaltungsanzlei eingesehen werden. K. k. Genie-Direction. Krakau, am 14. October 1865.

3. 17864. Edict. (1050. 1-3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau werden zur Vornahme der vom hiesigen k. k. städtisch-delegirten Bezirksgerichte mit Beschluß vom 30. Juli d. J. Zahl 9201 und 9202 zur Vereinarbringung der durch Chaim Pisek mit dem Zahlungsauftrage vom 6. April 1864 Zahl 3921 und 3920 erledigten Forderung pr. 445 fl. und 500 fl. öst. Währ. j. N. G. bewilligten executiven Feilbietung der dem Hrn. Maximilian Homulka und der Frau Antonie Homulka gehörigen, auf 3633 fl. 93 1/2 fr. öst. W. gerichtlich geschätzten zwei Drittel Antheile der Realität sub Nr. 16 St. Th. VIII/12 Gde. VI in Krakau zwei Termine und zwar auf den 24. November und 22. December d. J. jedesmal um 10 Uhr Vormittags mit dem Beifügen anberaumt, daß an diesen zwei Terminen jene Realitäts-Antheile nur über oder wenigstens um den Schätzungswert hindangegeben werden.

Als Badium ist 370 fl. öst. Währ. im Baaren oder in Staatsobligationen oder in galizisch kändischen Pfandbriefen nach deren Curswerte zu erlegen.

Die übrigen Feilbietungsbedingungen und der Schätzungsact können in der hiergerichtlichen Registratur, der Hypothekensache jener Realitätsantheile beim hiergerichtlichen Hypothekensamte eingesehen werden.

Wenn die Witwe des Joachim Bochenek und die dem Leben und Aufenthalte nach unbekannt Marie Oswald, ferner diejenigen Gläubiger, welche nach dem 19. Juni 1865, ein Hypothekrecht auf jene Realitätsantheile erlangen, oder denen der Feilbietungsbedingung aus was immer für einem Grunde nicht zeitlich genug oder überhaupt nicht zugestimmt werden sollte, zu Händen des in der Person des Adv. Hrn. Dr. Rosenblatt mit Substituierung des Adv. Hrn. Dr. Geissler bestellten Curators, ferner die dem Leben und Aufenthalte nach gleichfalls unbekannt Tabulareigentümerin des dritten Dritttheils jener Realität, die minderjährige Antonie Lopačka zu Händen des für dieselbe in der Person des Advocaten Herr Dr. Rydzowski mit Substituierung des Herrn Advocaten Dr. Kański bestellten Curators verständigt werden.

Krakau am 26. September 1865.

Nr. 18831. Edict. (1051. 1-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte werden über Ansuchen des M. Dr. Samuel Ebersohn vom 20. August 1865 Z. 15986 unter Zustimmung der k. k. Finanz-Procuratur Namens des Grundentlastungsfondes alle diejenigen, welche die dem M. Dr. Samuel Ebersohn am 5. Aug. 1865 in Krakau in Verlust gerathene auf den Namen des Samuel Verliebter lautende, früher als Caution bei der Lemberger k. k. Lotto-Direction vincultir gewesene 5% westgalizische Grundentlastungs-Obligation Nr. 10.600 über 100 fl. C. M. in Händen haben, auf eine Frist von 1 Jahre, 6 Wochen und 3 Tagen von der Einschaltung des gegenwärtigen Edictes in die Krakauer Zeitung gerechnet, mit dem Auftrage aufgefodert, solche binnen dieser Frist so gewisser vorzubringen, als sonst dieselbe für nichtig erkannt, und der Verpflichtete nicht mehr gehalten sein würde, ihnen diesfalls Rede und Antwort zu geben. Krakau, am 2. October 1865.

Nr. 2873. Kundmachung. (1053. 2-3)

Am 31. October 1865 um 10 Uhr Vormittags wird im Amtslocale der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction, St. Stephans-Gasse Nr. 238 im 1 Stock die fünfzehnte Verlosung der Schuldverschreibungen des Großherzogthums Krakau und des westlichen Verwaltungsgebietes Galiziens öffentlich vorgenommen werden.

Von der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction. Krakau, 16. October 1865.

Nr. 15098. Edict. (1056. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem abwesenden Zdzislaw Bogusz mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben unterm 29. September 1865 Z. 15098 Marcus Knohel wegen der Wechselsumme von 1300 fl. ö. W. j. N. G. eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber am 2. October 1865 z. Z. 15098 ein Zahlungsauftrag erlassen ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Zdzislaw Bogusz gegenwärtig unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Dr. Rosenberg mit Substituierung des Adv. Dr. Hoborski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würde. Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 2. October 1865.

L. 2602. Obwieszczenie. (1055. 2-3)

Celem sciagniecia podatkow i rat do instytutu kredytowego, zaległych za p. Wladyslawem Minickim, zostana dobra Zawadka, polozone w tutejszym powiecie, dnia 8 listopada 1865 o godzinie 10 przed poledniem w tutejszym c. k. Urzedzie powiatowym w drodze publicznej licytacji wydzierzwione.

Warunki licytacyjne mogą być tu przejrane. O czym się do powszechnego udziela wiadomosci. Z c. k. Urzedu powiatowego. Fryszak, 10 października 1865.

Nr. 10744. Concurs. (1052. 2-3)

Postexpedientenstelle bei der neuen zu errichtenden Postexpedition in Solotwina gegen Vertrag und 200 fl. Caution.

Dieselbe hat sich sowohl mit dem Briefpostdienste als mit der postamtlichen Behandlung von Werthsendungen zu befassen und mit dem Postamate Bohorodeczan mittelst täglicher Fußbotenposten in Verbindung zu stehen.

Bezüge: Einhundert zwanzig Gulden Bestallung, zwanzig Gulden Amtspauschale und Einhundert achtzig Gulden jährlich Botenpauschale für Unterhaltung täglicher Fußbotenposten nach Bohorodeczan und zurück. Gesuche sind unter documentirter Nachweisung des Alters, Wohlverhaltens, der bisherigen Beschäftigung und der Vermögensverhältnisse, und zwar von bereits im öffentlichen Dienste stehenden Bewerbern im Wege ihrer vorgesetzten Behörde, sonst aber im Wege der zuständigen politischen Behörde binnen drei Wochen bei der k. k. Postdirection Lemberg einzubringen. Von der k. k. gal. Postdirection. Lemberg, am 9. October 1865.

3. 12838. Edict. (1054. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird der Inhaber des von Jakob M. Schönfeld an die Drede des Salomon Zins ausgestellt vom Theodor Broniewski in werden wird. Tarnow acceptirten Wechsels, ddo. Bochnia, den 8. Jänner 1866, über 1000 fl. in Zwanzigern, 3 Stück à 1 fl., hiemit aufgefordert, denselben dem hiesigen Gerichte binnen 45 Tagen, vom Tage der 3. Einschaltung dieses Edictes um so gewisser vorzulegen, ansonsten derselbe amortisirt werden wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 5. October 1865.

3. 5901. Edict. (1042. 3)

Vom Neu-Sandezer k. k. Kreisgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider die Herrschaft Bielanka rüchlich die Fr. Julie Skrzyńska geb. Jazwińska, die Krakauer k. k. Finanz-Procuratur Namens der Lužna'er lat. Pfarrkirche wegen Zahlung von 600 fl. C. M. oder 630 fl. ö. W. j. N. G. eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagsetzung auf den 6. Dezember 1865 um 9 Uhr Vormittags angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvocaten Hrn. Dr. Berson mit Unterstellung des Landesadv. Hrn. Dr. Zajkowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Neu-Sandez 25. September 1865.

Nr. 14435. Edict. (1039. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem abwesenden Benzel Toczyski mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Babette Singer unterm 18. September 1865 zur Zahl 14435 wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 400 fl. ö. W. j. N. G. eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber am 25. September 1865 Zahl 14435 der Zahlungsauftrag erlassen ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Benzel Toczyski gegenwärtig unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Rosenberg mit Substituierung des Advocaten Hrn. Dr. Hoborski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, den 25. September 1865.

3. 14817. Edict. (1040. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird dem dem Wohnorte nach unbekanntem Leiser Lindenbaum mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Paje Edelstein wegen Zahlung der Wechselsumme von 75 fl. ö. W. j. N. G., die Wechselzelle unterm 28. October 1864 Z. 17047 angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag unterm 29. Dezember 1864 Z. 17047 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Leiser Lindenbaum unbekannt ist, so hat das k. k. Tarnower Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvocaten Hrn. Dr. Rosenberg mit Substituierung des Hrn. Adv. Dr. Bandrowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Wechselrechtsache verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 2. October 1865.

3. 687. Reitations-Kundmachung. (1036. 2-3)

Vom Neu-Sandezer k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der Erfordernisse:

- 1. an Bekleidung, Wäsche und Bettzeugarten, dann 2. zur Ergänzung von Inventarial-Gegenständen mit Zubegriff der zur Herstellung der Wäsche, Bekleidungs- und Bettzeugarten erforderlichen Artikel für das Gefangenhäus im Jahre 1866 bei diesem k. k. Kreisgerichte

Das Badium beträgt für die Unternehmung zu 1) 152 fl. ö. W. und zu 2) 55 fl. ö. W.

Die Reitationsbedingungen können am Tage vor der Reitation hiergerichts eingesehen werden. Auch schriftliche mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene Offerten werden bei der Verhandlung angenommen werden. Neu-Sandez 8. October 1865.

Antündigung! Die Krakauer Königsmühlen eröffnen heute einen etailverschleiß am Ringplatze sub Nr. 13/39.

Verkauf von Obstbäumen

Aus den Baumschulen zu Neu-Swieszdlitz, zum hiesigen Bischau und Butschowitz in Mähren, sind fünf- bis sechsjährige veredelte hochstämmige Obstbäume, und zwar von Birnen . . . 1500 Stück, von Äpfeln . . . 1500, von Nüssen . . . 200 zu 40 fr. ö. W. das Stück zu verkaufen. (1044. 2-3) Der nächste Postort ist Bischau. Gutsverwaltung zu Neu-Swieszdlitz, 12. October 1865.

Wiener Börse-Bericht vom 17. October.

Table with columns: In Oest. W. zu 5% für 100 fl., Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl., Metalliques zu 5% für 100 fl., etc.

Grundentlastungs-Obligationen

Table with columns: von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl., von Mähren zu 5% für 100 fl., von Galizien zu 5% für 100 fl., etc.

Actien (pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank zu 200 fl. öst. W., der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W., der Kaiserl. Nordbahn zu 1000 fl. C. M., etc.

Wandbriefe

Table with columns: der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl., auf C. M. verlosbar zu 5% für 100 fl., etc.

Wechsel. 3 Monate.

Table with columns: Augsburg, für 100 fl. süddeutscher W. 6%, Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. W. 6%, etc.

Cours der Geldsorten.

Table with columns: Kaiserliche Münz-Dufaten, vollw. Dufaten, Krole, 20 Frankstücke, russische Imperiale, Silber.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Table with columns: Abgang von Krakau nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm., etc.; Ankunft in Krakau von Wien 9 U. 45 M. Früh, 7 U. 45 M. Nachm., etc.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Barom. Höhe auf 0° Reaum. red., Temp. mitt. Maximum, Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Veränderung d. Wärme im Laufe des Tages.